Meinrad Schaab

Eide und andere Treuegelöbnisse in Territorien und Gemeinden Südwestdeutschlands zwischen Spätmittelalter und Dreißigjährigem Krieg

In den Ordnungen des Klosters Zwiefalten wird 1568 die Treue zum Eid für das Höchste und Ehrenvollste gehalten, das von einem Menschen gesagt werden kann. Doch soll man „solchen hochsten glauben in guetem bedacht und ehren haben und die ober- und unteramtleuth nit leichtlichen bei dem aid nit gebieten“¹. Trotz dieser auch in anderem Zusammenhang und schon früher in Südwestdeutschland anzutreffenden Hochschätzung des Eides und dem Bestreben, ihn nicht durch zu häufigen Gebrauch abzuwerten, sind unsere territorialen und kommunalen Quellen voll von Eiden, welche die Untertanen und Gemeindeglieder bei allen möglichen Gelegenheiten, soweit es hier interessiert, hauptsächlich bei Eintritt und Änderung im Verhältnis zur Herrschaft als Untertanen, Amtsträger oder Diener zu schwören hatten². Häufig wer-

¹ WLR 2, 681.

² Der Untersuchung liegen hauptsächlich die gedruckten Weistümer und Dorfordnungen folgender Editionen zugrunde:

HDO = Hohenlohische Dorfordnungen. Bearb. von *Karl* und *Marianne Schumm* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 37, Stuttgart 1985);

ORhStR = Oberrheinische Stadtrechte. Hrsg. von der Badischen Historischen Kommission I (Heidelberg 1895);

WLR = Württembergische ländliche Rechtsquellen. Hrsg. von der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, 3 Bde. (Stuttgart 1910, 1922 und 1941);

Wt Eberbach = Die Weistümer der Zenten Eberbach und Mosbach. Bearb. von *Karl Kollnig* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 38, Stuttgart 1985);

Wt Kirchheim = Die Weistümer der Zent Kirchheim. Bearb. von *Karl Kollnig* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 29, Stuttgart 1979);

Wt Reichartshausen = Badische Weistümer und Dorfordnungen: Reichartshausen und Meckesheimer Zent. Bearb. von *Carl Brinkmann* (Badische Weistümer und Dorfordnungen I, 1, Heidelberg 1917);

Wt Schriesheim = Die Weistümer der Zent Schriesheim. Bearb. von *Karl Kollnig* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A 16, Stuttgart 1968).

Hinzu kommt ungedrucktes Material aus den wichtigsten Staatsarchiven:

GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe

den solche Eide sogar jährlich geleistet. Die Spanne reicht vom Huldigungseid des Untertanen über den Amtseid der gemeindlichen Leitungsorgane bis hin zu dem des Hirten und Nachtwächters und vom höchsten Beamten der Herrschaft bis zum geringsten Diener in der herrschaftlichen Hofhaltung oder dem reitenden Boten auf dem Land.

Weitgehend ausgeklammert bleibt hier der Bürgereid der Reichsstädte, nicht nur, weil über ihn schon eine Untersuchung vorliegt³, sondern auch deshalb, weil er zurückgeht auf die *coniuratio* als Beginn einer Autonomie und sich damit deutlich abhebt vom hier behandelten Eid als Instrument territorialer Herrschaft und Kontrolle der Gemeinden. Dagegen werden miteinbezogen die Eide der Kirchendiener und sonstigen Amtsträger im kirchlichen Bereich, die gerade im konfessionellen Zeitalter dem Beamteneid vergleichbare Treueverpflichtungen enthalten, darüber hinausgehend aber auch Bindungen im Bereich des jeweiligen Bekenntnisses zu schaffen versuchen⁴. Alle diese Eide haben gemeinsam, daß in ihnen der Herrschaft Treue geschworen wird und diese Treue meist damit umschrieben ist, daß man Anordnungen und Gebote ausführt, die Herrschaft vor Schaden warnt oder gar bewahrt und ihr Interesse und ihren Nutzen fördert. Gerade beim Huldigungseid kommt die Wechselseitigkeit eines mittelalterlichen Treueverhältnisses darin zum Ausdruck, daß solche Huldigung die Zusicherung des Herren für Schutz und Schirm und die Bestätigung der bisherigen Freiheiten voraussetzt⁵. Darüber hinaus konnte die Herrschaft gleichsam „Verfassungsgarantien“ in solche Huldigungen einbauen. In der Kurpfalz z. B. war schon im Spätmittelalter üblich, daß Städte und Untertanen erst huldigten, wenn der neue Herrscher die Erhaltung des ungeteilten Grundbestandes des Territoriums, des

Fortsetzung Fußnote von Seite 11

HStAS = Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Längst nicht alle parallelen Quellenstellen können in den folgenden Anmerkungen zitiert werden, sondern immer nur eine Auswahl aus den zahlreichen Belegen. Neueste Zusammenfassung der Literatur bei *Lothar Kolmer*, Der promissorische Eid im Mittelalter (Regensburger Historische Forschungen 12, Kallmünz 1989).

³ *Wilhelm Ebel*, Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts (Weimar 1958).

⁴ Außer den in Anm. 2 genannten Editionen sind hier für die Kirchenordnungen ertragreich: KO = Die evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts. Hrsg. bzw. begründet von *Emil Sehling*

Bd. 14: Kurpfalz. Bearb. von *J. F. Gerhard Goeters* (Tübingen 1969);

Bd. 15: Württemberg I. Grafschaft Hohenlohe. Bearb. von *Gunther Franz* (Tübingen 1977).

⁵ *André Holenstein*, Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800) (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 36, Stuttgart, New York 1991). Das Buch erschien während der Vorbereitung dieses Referats und stellt das Problem so umfassend dar, daß hier nicht mehr ausführlich auf den gesamten Komplex der Huldigung, sondern nur auf spezielle Erscheinungen der südwestdeutschen Territorialwelt eingegangen wird. Der Autor, der weit vor das Zeitalter der Territorien zurückgreift, holt seine Beispiele für Spätmittelalter und Frühneuzeit aus der archivalischen Überlieferung für das Herzogtum Württemberg, das Territorium der Stadt Bern, das Bistum Augsburg, die Abtei Rot und die Ritterherrschaft Schliz, also mit Ausnahme letzterer aus dem südwestdeutschen Bereich. Seine Ergebnisse decken sich mit den hier herangezogenen Huldigungsakten für Kurpfalz (GLA 77/4053–4168; 67/844; 926), die Markgrafschaft Baden (GLA 74/5002–5046) und Vorderösterreich (GLA 79/1503–1563 passim).

sogenannten Kurpräzipuums, des Generalstudiums in Heidelberg und die Ausweisung der Juden aus dem Land garantiert hatte. Auch Beamte wurden in ihren Dienstenden auf solche Grundelemente der Territorialverfassung verpflichtet⁶. Im 16. Jahrhundert kamen Garantien des Besitzes, schließlich auch des Konfessionsstandes der Angehörigen der reformierten Fremdgemeinden hinzu⁷. Auch die Eide der Amtsinhaber und Diener ziehen den Schutz des Herrn, die der Diener auch eine entsprechende Entlohnung nach sich, gelten also nur, solange die wechselseitige Verpflichtung auch von seiten der Herrschaft eingehalten wird⁸. Dies soll allgemein vorausgesetzt werden und wird im folgenden nicht mehr im einzelnen hervorgehoben, weil es in diesem Zusammenhang ja um die bindende und ordnende Wirkung der Eidesleistung bei Untertanen und Dienern geht.

Huldigungs-, Amts- und Diensteste sind eidliche Verpflichtungen, von nun an etwas zu tun bzw. etwas zu leisten. Es gibt auch ein gleichsam negatives Pendant, die eidliche Verpflichtung, in Zukunft etwas zu unterlassen oder zu meiden, das ist die sogenannte Urfehde⁹. Ursprünglich wurde sie nach einem Vergehen und darauf erfolgter Strafe geschworen und hatte den Sinn, daß der Bestrafte für alle Zukunft versprach, keine Vergeltung für die erlittene Unbill zu üben. Das Urfehdedwesen wurde aber seit Ende des Mittelalters sehr viel weiter ausgebaut und umfaßte alle möglichen Verpflichtungen, nicht nur die, sich nach einer Strafe ruhig zu verhalten, sondern auch die, statt einer Strafe sich ruhig zu verhalten oder statt einer schwereren Strafe das Land auf Zeit oder Dauer zu meiden oder andere Beschränkungen der Freizügigkeit wie die Verbannung in einen Ort auf sich zu nehmen. Die Urfehde entwickelte sich also von ihrer ursprünglichen Bedeutung weiter zu einer Form der Begnadigung. Man schwor, bisherige Haltungen und Handlungen zu unterlassen, in schwereren Fällen auch durch den Wegzug in die Fremde als Straffälliger nicht mehr in Erscheinung zu treten. Gerade in konfessionellen Auseinandersetzungen sollte diese Form der Urfehde erhöhte Bedeutung erhalten.

⁶ Vgl. *Meinrad Schaab*, Geschichte der Kurpfalz, Bd. 1 (Stuttgart 1988); *Karl-Heinz Spieß*, Erbteilung, dynastische Rason und transpersonale Herrschaftsvorstellung. Die Pfalzgrafen bei Rhein und die Pfalz im späten Mittelalter, in: *Franz Staab* (Hrsg.), Die Pfalz. Probleme einer Begriffsgeschichte vom Kaiserpalast auf dem Palatin bis zum heutigen Regierungsbezirk (Speyer 1990) 159–181, vor allem 169.

⁷ *Meinrad Schaab*, Geschichte der Kurpfalz, Bd. 2 (Stuttgart 1992) 174.

⁸ Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte. Hrsg. von *Adelbert Erler* und *Ekkehard Kaufmann*, Bd. 1 (Berlin 1971) 341.

⁹ *Wilhelm Ebel*, Die Rostocker Urfehden (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv der Seestadt Rostock 1, Rostock 1938); *Gregor Richter*, Urfehden als rechts-, orts- und landesgeschichtliche Quellen. Beobachtungen an Haigerlocher Beispielen im Staatsarchiv Sigmaringen, in: *Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte* 101 (1978) 63–76; *ders.*, Sittsam und fleißig, gehorsam und fromm. Der brave Untertan im Spiegel landesherrlicher Verordnungen des 16. Jahrhunderts, in: *Beiträge zur Landeskunde, regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg* (1990) Nr. 4, hier 10f. Wichtigster Bestand HStAS A 44.

Untertaneneide

Feierlichste Form des Untertaneneids war die Huldigung, wie sie beim Regierungsantritt eines Fürsten oder Herrn, ursprünglich oft beim persönlichen Umritt, entgegengenommen wurde. Doch ließen sich die Herren schon früh auch über bevollmächtigte Vertreter huldigen¹⁰. Sie waren stets bestrebt, alle Untertanen zu erfassen. Es gab also zahlreiche Nachhuldigungen aus den verschiedensten Anlässen. Die Untertanen hatten die Pflicht, diejenigen anzuzeigen, die noch nicht gehuldigt hatten¹¹. Im Lauf des Spätmittelalters ging man immer konsequenter dazu über, daß jeder Gemeindsmann und Bürger gleich beim Eintritt ins Bürgerrecht in der Stadt wie in der Landgemeinde huldigte und dieses schriftlich festgehalten wurde¹². Eine ursprünglich rein mündliche Form der Verpflichtung der Untertanen war schon seit dem 15. Jahrhundert dabei, immer stärker verschriftlicht zu werden, wobei sich aber die mündlichen Elemente Handtreue und gesprochener Eid bis weit ins 18. Jahrhundert gehalten haben¹³. Zusätzlich zu den allgemeinen, schon genannten Formen mußten sich die Untertanen in der Zeit endgültiger territorialer Konsolidierung verpflichten, keinen anderen Schirmherrn oder ein fremdes Gericht anzurufen, Kriegsdienste und Steuern zu leisten und nicht ohne Erlaubnis und entsprechende Ledigung wegzuziehen¹⁴. Zuwanderer, die ins Stadtbürgerrecht eintreten wollten, mußten zusätzlich bei der Aufnahme ins Bürgerrecht beidein, daß sie keinen nachfolgenden Leibsherrn hatten und keine ungelösten Rechtshändel mit in die Stadt brachten. Bisweilen findet sich auch der Vorbehalt, daß sie als Stadtbürger und Untertanen des Stadtherrn nicht eigenwillig Bündnisse und Bruderschaften eingingen bzw. neue Statuten setzten¹⁵.

Die Nichtabzugsverpflichtungen wurden bisweilen als Ursprung der Huldigung angesehen¹⁶. Das dürfte nicht generell zutreffen, könnte aber bei der Verschriftlichung der Huldigung durchaus mitgespielt haben. Ältester greifbarer Sinn der Huldigung ist die Rügfpflicht, also die Anzeigepflicht des Untertanen für alle Rechtswidrigkeiten

¹⁰ Beispiele aus der Regierungszeit König Ruprechts in: RPR = Regesten der Pfalzgrafen am Rhein. Hrsg. von der Badischen Historischen Kommission, Bd. I: 1214–1400. Bearb. von *Adolf Koch* und *Jakob Wille* (Innsbruck 1894); Bd. II: König Ruprecht. Bearb. von *Graf Lambert von Oberndorff* (Innsbruck 1939); hier Bd. II, Nr. 248; 279; 642; 1413.

¹¹ So 1400 in Gelnhausen (RPR II, Nr. 239); 1585 werden in Pforzheim diejenigen Häuser, in denen die Pest ausgebrochen war, bei der Huldigung ausgelassen, aber aufgezeichnet, damit man diesen Akt nachholen konnte (GLA 74/5018). Auch sonstige durch Krankheit Verhinderte wurden zur Ersatzhuldigung später vorgeladen. Anzeigepflicht für solche, die nicht gehuldigt haben 1428 in Wertheim (ORhStR I, 23).

¹² ORhStR I, 135 f. (Mergentheim 1380); 220 (Amorbach 1395); 186 (Lauda 1500); 792 (Boxberg 1546/61).

¹³ Im badischen Amt Gräfenstein nahm z. B. 1645 der Amtmann anlässlich der Huldigung von jedem Untertanen einzeln die Handtreue und ließ anschließend kollektiv den Eid schwören (GLA 74/5009).

¹⁴ ORhStR I, 142 (Mergentheim 1425); 1041 (Osterburken 2. H. 15. Jh.); WLR 2, 771 (Ramsberg 1556).

¹⁵ ORhStR I, 844 (Bruchsal 1362); 1106 (Sinsheim 1602); GLA 77/4053 (Heidelberg um 1508).

¹⁶ *Hans-Martin Maurer*, Masseneide gegen Abwanderung im 14. Jahrhundert. Quellen zur territorialen Rechts- und Bevölkerungsgeschichte, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 39 (1980) 30–99.

und Verbrechen bei den ursprünglich ja nur seltenen Gerichtstagen. Sie geht bis in die Zeit Karls des Großen zurück und hatte ungebrochen bis ins 18. Jahrhundert Bestand¹⁷.

Bei der Vielfalt mittelalterlicher Herrschaftsverhältnisse hatten die Huldigungseide einen sehr vielfältigen Bezug. Nur im Regelfall galten sie einem einzigen Herrn. Häufig mußte schon die Huldigung Teilung und Überschneidung von Herrschaftsrechten bedenken und entweder für Kondominatsherren gemeinsam geleistet oder mit Erlaubnis der anderen Teilhaber an der Herrschaft für den Teilbereich eines Herrn angenommen werden¹⁸. Über- oder unterlagernde Herrschaftsrechte wurden durch entsprechende Formulierungen ausgeklammert oder vorbehalten¹⁹. Selbstverständlich haben die Untertanen aus solchen Situationen auch Nutzen gezogen und die ihnen genehmere Herrschaft zu begünstigen versucht. Bei einigermaßen gleich starken Condomini bedeutete die Mehrherrigkeit aber in der Regel die Konservierung und nicht die Modernisierung eines Rechtszustandes.

Das Bestreben, Huldigungsverpflichtungen lückenlos zu halten, ließ die jeweilige Eidesleistung der Untertanen auch auf die Erben und Nachkommen erweitern. Sonderverhältnisse zeitlich befristeter Herrschaft wie Vormundschaft, Wittum und Pfandschaft machten eigene Huldigungsformeln nötig. Maximilian übernahm 1486 wegen der Krankheit seines Veters Sigmund die Tiroler und vorderösterreichischen Lande. Der Huldigungseid wurde ihm dabei unter dem Vorbehalt geschworen, daß der Eid auch für Sigmund gelte, wenn er wieder genese, und ebenso für seine Leibserben, wenn er solche noch hinterlasse²⁰.

Bei Wittumsverschreibungen wurde nur auf Lebenszeit der Witwe gehuldigt, zur Morgengabe verschriebene Orte huldigten zur Absicherung gegenüber den Beauftragten des Brautvaters²¹. Daß die Einwohner von Pfandschaften nur für die Dauer der Verpfändung huldigten und vielfach dabei auch noch der Vorbehalt des Öffnungsrechtes für die Pfandgeber gemacht wurde, liegt im Wesen des Pfandgeschäftes. Erstaunlich lange haben sich solche Huldigungsvorbehalte in den Reichspfand-

¹⁷ *Holenstein*, (wie Anm. 5) 127–138 und 164–172.

¹⁸ In GLA 67/844 eine Sammlung der Huldigungseide, die in der Pfalz vom Normalfall abwichen. Kondominathuldigungen für beide Herren gemeinsam, z. B. ORhStR I, 1693 (Ladenburg 1387); Wt Kirchheim 102 (Kirchheim bei Heidelberg 1432); ebenda 256 (Dallau bei Mosbach 1691). 1508 wurden die Mitkondominatsherren der Pfalz nur von der Vornahme der Huldigung verständigt (GLA 77/4053). In Kreuznach schwor 1544 der Kurfürst vor der Huldigung der Untertanen, daß er sich an den Burgfrieden, d. h. das Kondominat mit Baden und Pfalz-Simmern, halten werde. Die Huldigungen gegenüber dem Wormser Bischof in der Kondominatsstadt Ladenburg wurden um 1600 unter der Voraussetzung geleistet, daß das den pfälzischen Gerechtsamen nicht abträglich sein solle. Zum an die Huldigung anschließenden Essen wurde der anwesende pfälzische Sekretär eingeladen (GLA 77/4093).

¹⁹ So z. B. bei den Zenthuldigungseiden für die Pfalz im erbachischen Dorf Ritschweiler (Wt Schriesheim 24 f.) oder im umgekehrten Fall bei der Huldigung der Eschelbronner gegenüber ihrem Dorfherrn mit dem Vorbehalt der pfälzischen Zenthoheit (GLA 77/4053). Die nur unter loser pfälzischer Oberhoheit stehenden Einwohner von Holzfeld und Hirzenach am Mittelrhein huldigten 1556 Ottheinrich als dem „natürlichen Erbherrn und Landesfürsten“ (GLA 77/4054, 49).

²⁰ GLA 79/1506.

²¹ RPR II, Nr. 610; 2122; 5250.

schaften der Kurpfalz gehalten²². Die Eventualhuldigung sollte den Übergang an den bevorzugten Erben oder Käufer in strittigen Fällen sichern. So ließ Graf Dieter von Katzenelnbogen die Beamten in der Obergrafschaft bereits der Kurpfalz für den Fall huldigen, daß seine Erbtochter Ottilie den Kurprinzen Philipp heirate. Dies ist freilich an Philipps Weigerung gescheitert²³. Unmittelbar nach kriegesischer Eroberung ließ sich der siegreiche Herr auch schon vor Abschluß eines Friedensvertrages huldigen, wogegen der zeitweilig Unterlegene unter Umständen mit Repressalien vorging²⁴.

Landes- und Ortsherren verlangten seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts und mit dem immer stärker werdenden Gedanken einer einheitlichen Orts- und Gerichtsherrschaft die Huldigung nicht nur von den vollen Gemeindegliedern und Bürgern, sondern auch von Einwohnern minderen Rechts sowie den nur befristet im Ort ansässigen Dienstboten. In Ertingen bei Riedlingen an der Donau schworen 1484 Hintersassen und Beiwohner „gebot und ordnungen zu halten“. Wer dort einen Knecht dingte, mußte ihn innerhalb von acht Tagen vor den Amtmann bringen, damit dieser „mit seiner trüin aides wys lobe, als vil als ain hintersaß gehorsam ze sind“²⁵. Die Huldigungseide der Dienstboten enthalten einen etwas reduzierten Katalog von Pflichten, namentlich was Kriegsdienst und Steuer angeht, aber auch sie wurden darauf festgelegt, keine fremden Gerichte anzurufen, besonders seit dem Bauernkrieg vor jedem Aufruhr zu warnen und im Ernstfall der Herrschaft beizuspringen sowie nur mit herrschaftlicher Erlaubnis den Wohnort zu wechseln²⁶. Verstöße dagegen konnten zusätzlich unter der Sanktion stehen, daß dann der Dienstherr auch nicht den vollen Lohn auszahlen mußte²⁷. Bisweilen wurde der Nachweis, daß keine Schulden und Strafansprüche mehr bestanden, und die Beibehaltung des Gerichtsstandes für die Dauer eines Jahres zusätzlich verlangt²⁸.

War so die einheitliche Ortsherrschaft anstelle der ursprünglich sehr divergierenden gerichtlichen, leibrechtlichen und grundherrschaftlichen Loyalitäten auf dem Vormarsch, so haben sich zumal die stärkeren unter den Landesherrn die Huldigung ihrer Leibeigenen außerhalb des Territoriums vorbehalten. Solche Leibeigenschaftshuldigung ließ in der Regel Gerichts-, Steuer- und militärische Rechte aus. Die pfälzischen Königsleute und Wildfänge waren aber auch wehr- und steuerpflichtig²⁹. Alle Leibeigenen hatten ihren Leibsherrn vor Schaden zu warnen und die Pflicht, nicht mehr bekannte Leibeigene anzuzeigen. Sie durften ohne Erlaubnis des Herrn nicht in

²² Huldigung für die Dauer der Pfandschaft an Kurpfalz, z.B. Bretten 1342 (ORhStR I, 770); Vorbehalt des Öffnungsrechts anlässlich der Verpfändung von Annweiler 1404 (RPR II, Nr. 3510); Huldigung von Reichspfändern für Kurpfalz vorbehaltlich der Wiederlösung 1402 im Amt Oppenheim (RPR II, Nr. 2452); 1477 im Amt Germersheim (GLA 77/4053).

²³ Schaab, Geschichte der Kurpfalz, Bd. 1, 189.

²⁴ So Herzog Ulrich 1519 in Reutlingen, der Schwäbische Bund anschließend in ganz Württemberg (*Friedrich Thudichum*, Geschichte des Eides [Tübingen 1911] 42).

²⁵ WLR 3, 539. Parallelen: Adelberg 1502 (WLR 2, 14), Oberwachingen (WLR 3, 439).

²⁶ WLR 1, 771; 2, 229f.; 3, 344; 714; 756; HDO 430.

²⁷ WLR 1, 714f.

²⁸ WLR 1, 772; 2, 330; 510f.

²⁹ Schaab, Geschichte der Kurpfalz, Bd. 2, 83f.; Wt Kirchheim 206; Wt Eberbach 139f.

Städte oder sonstige leibsfreie Orte ziehen³⁰ oder nach außerhalb heiraten³¹. Selbst die immer mehr verdinglichten grundherrschaftlichen Bindungen werden auch am Ende des Mittelalters und in der frühen Neuzeit noch unter Eid gestellt. Dies stammt aus der alten Ordnung der Dinghöfe und Hubgerichte. In Dossenheim bei Heidelberg mußten 1475 die Inhaber von Hubgut geloben und einen Eid schwören, „den hern und dem gericht getruw und holt zu sin, iren schaden zu warnen, frommen und bestes zu werben“³². Auch dabei ging es um die Ruggpflicht der Grundholden am Hubgericht, die vor allen Dingen dafür zu sorgen hatte, daß keine Hubgüter in fremde Hände kamen oder gar verschwiegen wurden³³. Aber zumal im konservativen Süden des Untersuchungsgebiets wurden immer noch die Pächter und Erbbeständer von Einzelgut durch Eid daran gebunden, die betreffenden Grundstücke in gutem Zustand zu halten, keine Belastungen auf sie aufzunehmen, Abgaben an andere zu tragen und den Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen nachzukommen³⁴, während das im Norden Südwestdeutschlands mehr und mehr nur durch einfache Bestandsbriefe und entsprechende Reverse abgesichert war. In Justingen zeigte sich eine Mischung beider Formen. Aber noch 1771 schworen die Lehnslente des Klosters Marchtal einen ausführlichen Eid über ihre Pächterpflichten³⁵.

Eide kommunaler Amtsträger

Bei den großen Huldigungsaktionen schworen nicht nur die Untertanen, sondern auch die Schultheißen, Schöffen, Ratleute und bisweilen auch die Bürgermeister der Gemeinde. Sie waren natürlich nicht nur durch die Huldigung, sondern durch spezielle Amtseide der Herrschaft verpflichtet. Bei Schultheiß bzw. Amtmann und Gericht bzw. Rat ist ohnehin klar, daß es sich hier nicht einfach um Gemeindeorgane, sondern um von der Herrschaft zum Teil im Zusammenwirken mit der Gemeinde eingesetzte Amtsträger handelt. In ihren Amtseiden werden sie neben den üblichen Treueformeln vor allem auf eine unparteiische und der jeweiligen Rechtslage gemäße Amtsführung verpflichtet³⁶. Nach dem Kirchberger (an der Iller) Eidbuch von 1592 machen vier Dinge einen falschen Richter „gabe (nicht glaube), liebe, neyd und forcht“³⁷. Sie galt es zu vermeiden. Die Herrschaft legte großen Wert auf eine saubere Abrechnung über die Strafgebühren und eine unverzügliche Ausführung einmal gefällter Urteile. Über die Dauer des Amtes hinaus muß das Amtsgeheimnis bis in den

³⁰ Wt Eberbach 42f.

³¹ GLA 66/5137, 201f.

³² WT Schriesheim 28.

³³ Wt Schriesheim 81; Wt Eberbach 396.

³⁴ WLR 1, 707f.; 3, 169; Wt Eberbach 299; 381.

³⁵ WLR 2, 614; 3, 404.

³⁶ Beispiele: Bruchsal 1452 (ORhStR I, 858), Epfenbach 1518 (Wt Reichartshausen 98), Allmendingen 1532 (WLR 2, 781), Gomaringen 1539 (WLR 2, 402), Spitalorte Biberach 1554 (WLR 3, 129), Rechberg 1558 (WLR 1, 667), Bußmannshausen 1585 (WLR 3, 686), Kirchentellinsfurt um 1600 (WLR 3, 276 und 326).

³⁷ WLR 3, 276.

Tod gewahrt werden. Im Anfang scheinen Schultheiß und Schöffen, wie z.B. noch 1274 in Wimpfen, einen gemeinsamen Eid geschworen zu haben³⁸, später werden die Pflichten genauer ausdifferenziert. Auch hier werden wieder unter Umständen sich überschneidende Loyalitäten bei allen Formen von Mehrherrigkeit und Oberherrschaft berücksichtigt³⁹. Die Neuzuwahl von Gerichtsmännern bzw. Schöffen stand unter einem eigenen Eid⁴⁰. Um 1600 wurde in Anhausen im Brenztal in die Eidsformel aufgenommen, daß ein Gerichtsmann bei verwandtschaftsbedingter Befangenheit am Urteil nicht mitwirken dürfe⁴¹, eine Regelung, die sicher früher auch bestand, aber nicht des Eides bedurfte.

Eide verwandten Inhalts schworen die Gerichtsbediensteten, also Gerichtsschreiber und Büttel jeweils für den Bereich ihrer Pflichten, besonders daß sie ordentliche Protokolle führen bzw. alle Übertretungen zur Anzeige bringen würden⁴². Dem Gerichtseid vergleichbar, aber auf den jeweiligen Aufgabenkreis spezialisiert waren die Eide der Steinsetzer und Untergänger, die zusätzlich zur unparteiischen Amtsführung schworen, ihre Auftraggeber, zumal wenn es sich um Privatpersonen handelte, mit Gebühren nicht zu überfordern⁴³. Auch die Waisenpfleger und amtlich eingesetzten Vormünder hatten den Eid zu leisten, mit dem anvertrauten Gut ihrer Mündel uneigennützig und im Sinne einer geordneten Vermögensverwaltung umzugehen⁴⁴.

Die geordnete Vermögensverwaltung war die wesentliche Aufgabe der eigentlichen kommunalen Selbstverwaltung, und so wurde dies auch je nach Landschaft durch Bürger- bzw. Baumeister, Heimbürgen, Gemeindepfleger, Zweier, Dreier, Vierer und Fünfer gelobt. Ihre Pflichten bestanden darin, die Liegenschaften der Gemeinde in stand zu halten, über ihre Finanzen Rechnung zu legen, das Geld der Gemeinde nicht mit dem eigenen zu vermischen, Übergriffe auf die Liegenschaften zu rügen⁴⁵, aber auch die allgemeine Sicherheit durch eine Feuerschau zu gewährleisten⁴⁶. Ganz analog waren die Kirchenjuraten oder Heiligenpfleger gegenüber dem Vermögen der Kirche bzw. ihres Heiligen in der Pflicht⁴⁷.

Auch wenn es sich bei all diesen Ämtern eher um Selbstverwaltungsaufgaben handelte, so mußte jeweils der Herrschaft Rechnung gelegt und meist auch dem Orts herrn bzw. Patronatsherrn geschworen werden. Er nahm in der Regel den Eid auch im Auftrag der Gemeinde ab. Nur in ganz wenigen Fällen findet sich die Eidesleistung dieses Kreises von Amtsträgern nur gegenüber der Gemeinde, besonders deutlich im Bereich der fränkischen Zenten, wo es z.B. 1592 am unteren Neckar heißt, „daß eine

³⁸ ORhStR I, 65f.

³⁹ Kirchheim bei Heidelberg 1432 (Wt Kirchheim 102), Dallau 16.Jh. (Wt Eberbach 235), Kirchberg an der Iller 1592 (WLR 3, 277), Brühl bei Schwetzingen 1647 (Wt Kirchheim 51).

⁴⁰ Bönningheim 1452 (ORhStR I, 102), Eggingen bei Ulm 1531 (WLR 2, 887f.).

⁴¹ WLR 2, 727.

⁴² WLR 2, 610; 834; 3, 192; 277; 509; Wt Kirchheim 15; HDO 602.

⁴³ HDO 416; Wt Eberbach 82.

⁴⁴ WLR 1, 687; 2, 729f.; 3, 133f.; 277.

⁴⁵ WLR 1, 222; 2, 328; 431; 611; 635; 728; 877; 3, 141; 344; 741.

⁴⁶ WLR 2, 728.

⁴⁷ Wt Schriesheim 279; Wt Eberbach 337; WLR 2, 328; 635; 726; 3, 741; 812; 834.

ehrsame Zent für sich selbst wohl befugt sei und Gewalt habe ... neue Zentschöffen mit Gelübt und Eid ohne Vorwissen der Amtleute in die Zent anzunehmen“⁴⁸.

Wehrhaftigkeit, Sicherheit vor Verbrechen wie vor Feuer und schließlich die Ordnung in Feld und Wald waren der Gegenstand der Eide vielgestaltiger Ämter wie Torwächter, Feuerschauer, Nachtwächter, Feld- und Waldschützen und dergleichen⁴⁹. Sie alle mußten schwören, ihre Aufgaben pflichtgemäß zu erfüllen, Übertreter und Zuwiderhandelnde ohne Ansehen der Person anzuzeigen und in der eigenen Lebensführung sich für diese Aufgaben bereit zu halten. Um all das kümmerte sich letztlich die Herrschaft, indem sie diese Eide von ihren Beauftragten auch im Hinblick auf die Gemeinde ablegen ließ. Ganz ausnahmsweise ist vom hohenlohischen Tiefenbach überliefert, daß dort die Waldschützen der ganzen Gemeinde und also nicht der Herrschaft zu schwören hatten⁵⁰. Wiederum der Herrschaft und mit ihr der Gemeinde schworen sogar die Inhaber der geringsten Gemeindeämter, die verschiedenen Hirten⁵¹. Der Nachthirte wurde bisweilen, so 1612 im oberschwäbischen Emeringen, in die besondere Pflicht genommen, am Tage zu schlafen, damit er auch seinem nächstlichen Dienst mit voller Aufmerksamkeit nachfolgen konnte⁵².

Besondere Eide waren von einzelnen Berufen gefordert, von den Hebammen, daß sie sich ohne Ansehen der Person um alle Kindbetterinnen kümmerten, sich nicht zu einer Schädigung der Geburt hergaben und Bastardgeburten zur Anzeige brachten⁵³. Müller und Mühlenknechte standen unter dem Eid, das ihnen anvertraute Mahlgut ohne Unterschleif seinem Bestimmungszweck zuzuführen und dem Kunden wieder als Mehl auszuhändigen sowie nur die vereinbarten Naturalanteile oder Geldbeträge für ihre Arbeit anzurechnen⁵⁴. Noch ausführlicher waren die eidlichen Bindungen für alle diejenigen, die mit dem Wein zu tun hatten. Das sollte Verfälschungen und preisliche Übervorteilungen ausschließen, aber auch das herrschaftliche Umgeld sichern⁵⁵. Im städtischen Bereich gab es noch vielerlei Gewerbeide, die den Handwerker auf die Konformität mit den Zunftgenossen und ihre Qualitätsvorschriften festlegten. Auf dem Land scheint die herrschaftliche Aufsicht auf das Ehaftgewerbe⁵⁶, also alles, was dem herrschaftlichen Gewerbeban unterlag, die eigentliche Triebfeder dieser Eide gewesen zu sein, was selbstverständlich auch eine korrekte Bedienung der diesem Bann unterliegenden Untertanen mit einschloß.

⁴⁸ Wt Schriesheim 14.

⁴⁹ ORhStR 1, 131; WLR 2, 834; 3, 344; 686; 781; Wt Kirchheim 99f.; 133; 156; 344; 686; Wt Schriesheim 272.

⁵⁰ HDO 417. Es bleibt offen, ob das bewußt ausschließlich auf die Gemeinde bezogen wurde oder ob hier nicht nur die Nachlässigkeit eines Schreibers Ursache ist.

⁵¹ HDO 495; 498; WLR 2, 16; 3, 741; Wt Schriesheim 64.

⁵² WLR 3, 614.

⁵³ So in den Dörfern des Spitals Biberach 1554 (WLR 2, 134).

⁵⁴ ORhStR I, 1044; WLR 2, 280f.; 873f.; 3, 578f.

⁵⁵ HDO 469; 570; WLR 2, 80.

⁵⁶ Der Landkreis Biberach, Bd. 1 (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg, Sigmaringen 1987) 150; Der Alb-Donau-Kreis, Bd. 1 (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg, Sigmaringen 1989) 154.

Diener- und Beamteneide

Ähnlich wie Schultheiß und Gericht als die Spitzen der Gemeinden traten bei den Huldigungen die herrschaftlichen Diener als eine geschlossene Gruppe zusätzlich in Erscheinung⁵⁷. Wenn man den Kreis der mit Lehnspflichten und also eine eigene Lehnshuldigung schuldenden Vasallen hier ausnimmt, so bleibt die große Gruppe der herrschaftlichen Beamten im eigentlichen Sinn übrig. So wurden z. B. beim Regierungsantritt des Markgrafen Ernst Friedrich von Baden 1585 der Hof, die Kanzlei, Räte und Diener anlässlich der Erbhuldigung der Pflichten gegenüber dem Vorgänger entbunden und neu in die Pflicht genommen⁵⁸. Sie mußten zusätzlich schwören, solange sie im Dienst standen, die jeweilige Bestallung zu erfüllen. Diese Dienerbestallungen⁵⁹ decken ein weites Feld höchst unterschiedlicher Pflichten ab, obwohl sie auch mit den üblichen Formulierungen, getreu und hold zu sein, vor Schaden zu warnen, Frommen und Bestes zu fördern, beginnen. Unbestechlichkeit und Gerechtigkeit gegen jedermann, ohne Ansehen von Person und Stellung, gehörten zu den Loyalitätspflichten aller herrschaftlichen Diener. So gelobte der Amtmann des Klosters Adelberg, „dem gemeinen man, reichen und armen, ein getreuer amtmann zu sein“⁶⁰. Außerdem war von ihnen Verschwiegenheit gefordert. Die Kirchenräte der Pfalz gelobten, „auch unsern rath und heimligkait, weiß er yederzeit erfahrt, ewiglichen zu verschweigen“⁶¹. Auffälligerweise ist diese Verschwiegenheit meist nicht auf die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis ausgedehnt⁶², wie das ganz deutlich bei den Eiden der Gerichtsangehörigen die Regel ist. Vielleicht war das eine Selbstverständlichkeit, aber Selbstverständlichkeiten hat man doch in diesem Zusammenhang immer wieder unter Eid genommen. In Einzelfällen, wie in der Kurpfalz, als 1583 der lutherische Kanzler zugunsten eines reformierten entlassen wurde, half man sich durch seine Beförderung zum Rat von Haus aus. Damit sollte sein Stillschweigen gewährleistet sein⁶³.

Die Diensteide vieler kleiner Amtsträger auf dem Land, auch der Pfarrer und Schulmeister, unterschieden sich nicht wesentlich von diesem Bild. Nur waren sie spezifisch auf die jeweilige Aufgabe ausgerichtet. Zur üblichen Loyalität hinzu versprach der beim Mannheimer Festungsbau eingesetzte David Wormser, alles zu tun, was einem Ingenieur zu tun gebührt⁶⁴. Der herrschaftliche Zöllner war darauf festgelegt, keinen Pfennig zu veruntreuen und alle Einnahmen in eine verschlossene Büchse oder Kasse zu stecken⁶⁵. Der pfälzische Hühnerfaut als Verwalter der Leibeigenen schwor, die Leibhühner und Abgaben jährlich einzusammeln und keinen Leibeigenen

⁵⁷ Z. B. 1556 in der Pfalz (GLA 67/4054).

⁵⁸ GLA 74/5018.

⁵⁹ Vgl. z. B. für die Pfalz die Kopialbücher GLA 67/927 sowie 860 f.

⁶⁰ WLR 2, 19; GLA 67/861, 140 v.

⁶¹ KO 14, 431; 502.

⁶² GLA 67/861, 146 v; 149 v.

⁶³ *Volker Press*, Calvinismus und Territorialstaat (Kieler Historische Studien 7, Stuttgart 1970) 335.

⁶⁴ GLA 67/861, 226.

⁶⁵ WLR 2, 902.

zu verschweigen.⁶⁶ Entsprechend der Ruggpflicht der Untertanen und der Meldepflicht der Leibeigenen mußten die Amtleute auf dem Land alles zur Anzeige bringen, was der Herrschaft schädlich war. So mußte der Amtmann im bischöflich-churischen Großengstingen anzeigen, wenn fremde Handwerker oder andere Arbeitskräfte ohne Erlaubnis der Herrschaft im Amt tätig wurden⁶⁷.

Mehr noch als die huldigenden Untertanen wurden die Beamten in der Pfalz als Garanten für die Einhaltung der „Landesgrundgesetze“ gebraucht. Sie huldigten erst, wenn diese vom Herrscher beschworen waren⁶⁸.

Formen des Eides, uneidliche Gelöbnisse

Der Normalfall des Eidschwörens war der gestabte und körperliche Eid. Der Vereidigte hob die drei Schwurfinger – die Frau legte bisweilen diese Finger auf die Brust⁶⁹ – und sprach die vorgelesenen, also buchstabierten Worte nach⁷⁰. Nur selten wird dabei der Stab benutzt⁷¹. Das war ja bei Massenvereidigungen auch nicht möglich. Diese geschahen im Sprechchor, aber auch hier ging die einzeln geleistete Handtreue voraus. Der Eid mußte in der Sprache der Schwörenden vorgetragen werden, oder wenigstens mußten diese in ihrer eigenen Sprache bekunden, daß sie verstanden hatten⁷². Das Huldigungsalter schwankt zwischen vierzehn und achtzehn Jahren mit der Tendenz, in der Neuzeit die Huldigung immer mehr erst mit achtzehn zu verlangen⁷³. Ebenso wächst die Tendenz ausführlicher Protokollierung der Eidesleistung bis hin zu lückenlosen Verzeichnissen⁷⁴. Komplizierte Ordnungen, die zu beschwören waren,

⁶⁶ Wt Eberbach 140.

⁶⁷ WLR 2, 512 (1658).

⁶⁸ *Spieß*, (wie Anm. 6).

⁶⁹ Die Zeugnisse sind nicht eindeutig. Aufgehobene Finger in Rechberg 1557 (WLR 1, 710), rechte Hand auf linker Brust in Warthausen 1644 (ebenda 601) und bei der Huldigung der Grafenschaft Kirchberg 1724 (Hauptstaatsarchiv München, Mediatisierte Fürsten: Kirchberg-Weißenhorn, Nr. 32).

⁷⁰ Das ist die normale Auffassung von Eidstabung, wie sie vor allem aus den pfälzischen Quellen hervorgeht (Wt Eberbach 43; 46; 130; 145; 150; GLA 77/4078 (1683)). Ohne den Namen Eidstabung wird die Tatsache auch in anderen Quellen erwähnt (WLR 1, 772; 2, 163; 300; 512; 3, 377; 600; 781; HDO 292).

⁷¹ So 1658 in Großengstingen (WLR 2, 511).

⁷² In Mannheim gab es eine französische Form der Zustimmung für die Bürger welscher Zunge (GLA 77/4078); im Engadin wurde der Huldigungseid in deutscher und welscher Sprache verlesen (GLA 79/1510).

⁷³ 14 Jahre in Ittingen 1465 (*Bruno Meyer*, Das Augustinerkloster Ittingen, in: Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees 104 (1986) 41), aber auch 1622 in Laupheim (WLR 3, 78); 15–16 Jahre in Mergentheim 1444 (ORhStR I, 151); 18 Jahre in Wiesensteig 1587 (WLR 2, 657) und in der Zent Schriesheim im 17. Jh. (Wt Schriesheim 144).

⁷⁴ Vgl. die Akten wie Anm. 5. Deutlich ausgesprochen in Großengstingen 1685. Dort werden alle „jungen Gesellen“ bei der Bürgerannahme in Registern verzeichnet, damit man jederzeit weiß, wer den Eid geleistet hat und wer noch nicht (WLR 2, 493).

ließ man, wo das anging, z.B. von den hohenlohischen Schulmeistern, einfach abschreiben⁷⁵.

Die Lösung von eidlichen Verpflichtungen erfolgte aus verschiedenen Gründen, regelmäßig bei Wechsel in der Person, der der betreffende Treueid zu leisten war⁷⁶, unter bestimmten Kautelen bei Ausscheiden aus dem Amt oder Dienst⁷⁷ bzw. bei der Entlassung aus dem Untertanenverband. Eine temporäre Lösung vom Huldigungseid wurde immer dann nötig, wenn Untertanen in Herrschaftsstreitigkeiten Aussagen zu machen hatten. Für diese sogenannte Kundschaft wurden sie davon befreit, den Nutzen ihres Herrn zu mehren und ihn vor Schaden zu bewahren⁷⁸. Für ihre Kundschaftsaussage selbst war dann ein neuer Eid, der Zeugeneid, fällig.

Eidliche Bindung sollte nicht unnötig gesucht werden. Der Abt von Adelberg sagte 1502 von sich aus, er sei nicht geneigt, um jeder Sache willen beim Eid zu gebieten, außer wenn die Sache es durch ihre Größe und Wichtigkeit erfordere. Der Abt von Zwiefalten warb fast mit den gleichen Worten für Zurückhaltung, „damit also der aid ausser täglichen geboten leuchtlichen nit in übertretung und verachtung gestellt“ werde⁷⁹. Auch sonst findet sich häufiger die Mahnung, den Eid nicht vorschnell zu verlangen, was sich hauptsächlich auf Vereidigungen vor Gericht, aber doch auch auf das Gebot bei Eid bezog⁸⁰. Eidbruch und nicht nur der Meineid galt als schweres Verbrechen, wenn nicht sogar als Malefizsache, und wurde zur Abschreckung aller anderen wenigstens in der Theorie unnachsichtig bestraft⁸¹. Am deutlichsten stellte die sogenannte Eidstafel die religiösen Folgen des Meineids vor. In Kirchentellinsfurt wird um 1600 jedem Schwörenden die Schwurfingersymbolik klargemacht. Die drei erhobenen Finger bedeuten die drei göttlichen Personen, die zwei in die Hand eingeschlagenen Finger die Seele und den Leib des Schwörenden. Wer einen falschen Eid schwört, macht die Dreifaltigkeit zum Zeugen, daß er „außgeschlossen und außgesetzt werde aus der gemeinsame und (sic!) gottheit und christenheit“ und daß seine Seele und sein Leib miteinander am Jüngsten Tag der ewigen Verdammnis verfallen soll⁸². Diese Eidstafel ist erstmals 1422 in Appenzell nachzuweisen⁸³ und findet sich in der Frühneuzeit in einer ganzen Reihe schwäbischer Gemeinden, sowohl in katholischen

⁷⁵ KO 15, 649 (1596).

⁷⁶ Bei der Absetzung König Wenzels 1400 entband Erzbischof Johann von Mainz als Reichserzkanzler die Untertanen von ihrer geleisteten Huldigung (RPR II, Nr. 81). Als Markgraf Georg Friedrich 1622 sein Land an seinen Sohn abtrat, sprach er die Untertanen von ihren Eiden ledig (GLA 74/5011).

⁷⁷ In Adelberg mußte 1502 ein Dienstknecht, der seine Entlassung beantragte, den Nachweis führen, daß er niemandem etwas schuldig sei und keine nachfolgenden Rechtshändel habe (WLR 2, 15).

⁷⁸ Beispiele aus dem Bereich der pfälzischen Wälder Mitte des 15. Jahrhunderts (Wt Kirchheim 33; Wt Reichartshausen 29; Wt Schriesheim 40 f.).

⁷⁹ WLR 2, 6; 3, 163.

⁸⁰ So noch 1760 in Dürrwangen (WLR 2, 356).

⁸¹ WLR 2, 309 (Unterboihingen 1586 ff.); 3, 590 (Dietenheim 1588).

⁸² WLR 2, 330 f.

⁸³ Eberhard von Künßberg, Rechtsgeschichte und Volkskunde, in: Jahrbuch für historische Volkskunde 1 (1925) 80 f.

als auch im von der Reformation erfaßten Bereich⁸⁴. Auf diese Art wurden offensichtlich nicht nur die Zeugen vor Gericht, sondern auch Diener und Bürger, so z. B. in Kirchentellinsfurt, vor den Folgen des Meineids gewarnt. Nicht überall traten für den Meineid obrigkeitliche Strafen ein. Durchaus konnte es sein, daß man den Eidbrecher allein dem Gericht Gottes überließ. In der Regel sah sich die Herrschaft zum Einschreiten gezwungen. Gerade bei den Urfehden zeigt sich jedoch, daß ein mehrmaliger Eidbruch hintereinander möglich war, ohne daß die letzten Meineidsfolgen eintraten. So wurde z. B. einem Dieb in Berghülen bei Blaubeuren zunächst nur die Urfehde abverlangt. Erst nach ihrem Bruch verlor er die drei Schwurfinger, wurde aber bei erneuter Rückfälligkeit wieder zum Schwur gezwungen, jetzt durfte er seinen Wohnort nicht mehr verlassen⁸⁵.

Es war schon davon die Rede, daß der Eidesleistung die Handtreue vorausging. Die Handtreue konnte aber auch an die Stelle des Eides treten und für genügend erachtet werden. Schon im Mittelalter findet sich bei Bürgschaften im Zusammenhang mit der Verpflichtung zum Einlager das Gelöbnis an Eidesstatt⁸⁶. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nahm man bisweilen die Inhaber kleinerer Ämter nur noch durch Handtreue in Pflicht, besonders findet sich das bei den Kirchen- und Schuldienern und der Almosenpflege⁸⁷. Die Haltung der Obrigkeit war nicht eindeutig. Obwohl es durchaus die einfache Handtreue gab, verlangte die pfälzische Kirchenratsordnung von 1564 noch, daß jeder, der einen Eid verweigerte, vom Kirchen- oder Schuldienst ausgeschlossen werden solle. Beim Hofgesinde gab es dagegen 1611 die förmliche Wahl zwischen Eid und Handtreue. Wer sich des Eids „verweigern“ wollte, sollte wenigstens durch Handtreue geloben, daß er sich der Gottesfurcht befleißigen, der Pfalz getreu und hold sein und keinen Geheimnisbruch begehen werde. Der pfälzische Agent in Prag übernahm seine Verpflichtungen nur inkraft des Bestallungsbriefs, ohne Eid⁸⁸. Im allgemeinen aber waren damals Bestallung und Revers noch durchaus mit der Eidesleistung verbunden⁸⁹. Die hohenlohische Kapitels- und Visitationsordnung von 1579 sah vor, daß die Kirchendiener, soweit sie noch nicht vereidigt waren, dies nachholten und gleichzeitig den handgeschriebenen Revers auf ihrer Bestallung mitbrachten. In den Revers war die Form des Priestereids aufgenommen⁹⁰. Die pfälzischen Kirchendiener gaben um 1580 Handtreue, schworen einen leiblichen Eid und verpflichteten sich zusätzlich durch eigene Unterschrift. Dies wurde auch noch bis zur Jahrhundertwende beibehalten⁹¹. Im Hohenlohischen bezog sich 1610 die Unterschrift auf die *formula doctrinae*, Eidesleistung und schriftlicher Revers dagegen auf die Führung des Amtes in Lehre und Predigt⁹². In der Pfalz ist von einer solchen Un-

⁸⁴ Katholisch Pfauhausen, Dischingen, Söflingen, Dietenheim, Warthausen, Ochsenhausen und Laupheim, evangelisch Kirchentellinsfurt, Bissingen ob Lonetal (WLR 3, 511).

⁸⁵ HStAS A 44, 319.

⁸⁶ RPR II, Nr. 2138.

⁸⁷ KO 14, 438; 609; KO 15, 429; 445; WLR 2, 729.

⁸⁸ GLA 67/861, 178 bzw. 147.

⁸⁹ KO 15, 91 f.

⁹⁰ KO 15, 392.

⁹¹ KO 14, 506–509; 524–527.

⁹² KO 15, 674.

terscheidung nichts zu bemerken, dagegen zeigen die weltlichen Dienereide eine große, nach der Wichtigkeit des Amtes gestaffelte Vielfalt. Der Großhofmeister Ludwig Graf von Sayn gelobte eidlich, daß er sich an alle bestehenden Ordnungen und an die christliche Disziplin halten werde, und bestätigte dies durch Aufdrücken seines Petschafts auf den Dienstreviers. Verschiedene höhergestellte Diener leisteten Eid und Unterschrift, der Universitätskanzler ließ es bei einem einfachen Eid bewenden, bei den niedrigeren Chargen genügte ein Gelöbniß⁹³. Bisweilen hatten solche Gelöbnisse auch nur den Charakter der Vorläufigkeit, gerade im kirchlichen Bereich, weil man noch nicht wußte, was zu geloben war. So sah man 1580 in Hohenlohe von einem Eid auf die Kirchenordnung ab, weil diese noch nicht mit der Konkordientheologie des Jakob Andreae abgestimmt war, und verlangte von Schuldienern und Pfarrern nur ein Gelöbniß, damit es nicht scheine, „als wär der heilige Geist in die Kirchenordnung gebannt“⁹⁴.

Auswirkungen des konfessionellen Zeitalters auf Eid und Gelöbniß

Die religiöse Form des Eides samt ihrer theologischen Begründung blieb über den Einschnitt der Reformation hinaus weitgehend ungebrochen. In deutlicher Abwehr der Kritik des Eides aus dem Täufertum erklärt 1563 der Heidelberger Katechismus, daß der Eid beim Namen Gottes geschworen werden dürfe, wenn es die Obrigkeit von ihren Untertanen oder sonstige Not erfordere, Treue und Wahrheit zu Gottes Ehre und des Nächsten Heil dadurch zu fördern. Solche Eidschwüre seien Gottes Wort gemäß und durchaus im Alten wie im Neuen Testament gebraucht worden. Falsch schwören sei dagegen eine schwere Sünde, wie es fast keine größere gebe, und erzürne Gott mehr als die Lästerung seines Namens. Deshalb habe auch Gott befohlen, sie mit dem Tode zu bestrafen⁹⁵. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Heidelberger Katechismus nicht von der Lehre Luthers und anderer Reformatoren⁹⁶. Wie der Heidelberger Katechismus es ausdrückt, änderte sich die Eidesformel gegenüber früher insofern, als im reformatorischen Christentum nur die Anrufung Gottes als Wahrheitszeuge zulässig war, nicht aber die von Heiligen oder Sachen.

Tatsächlich findet sich im Mittelalter und weiterhin im katholischen Schwaben des 16. Jahrhunderts der Eid unter Anrufung Gottes und aller bzw. einzelner Heiliger⁹⁷. Vereinzelt werden auch nur die Heiligen ohne Anrufung Gottes als Adressaten des Schwurs genannt⁹⁸. Es ist wohl kaum in den wenigen bekannten Fällen aus dem 16. Jahrhundert zu klären, ob sich dahinter ein tatsächlicher Brauch oder nur die Nachlässigkeit des Protokollanten verbirgt. Daß der Eid unter Anrufung der Heiligen unmittelbar auf vorhandene Reliquien geleistet worden sei, wie das im Mittelalter

⁹³ GLA 67/860, 38 ff. und passim.

⁹⁴ KO 15, 245.

⁹⁵ KO 14, 363.

⁹⁶ Theologische Realenzyklopädie 9 (1982) 388.

⁹⁷ ORhStR I, 226; WLR 1, 772; 2, 277; 305; 511; 3, 377; 781.

⁹⁸ So im Diensteid des pfälzischen Kanzlers Florenz von Venningen 1508 (GLA 67/922, 134 v.).

durchaus vorkommt, findet sich in den hier untersuchten Quellen der Frühneuzeit nirgendwo eindeutig belegt. Auszuschließen ist das jedoch auch nicht. Mit seiner Verwerfung des Eides auf Sachen denkt der Heidelberger Katechismus sicher an diesen Gebrauch. Unter den Heiligen spielt die Anrufung der Muttergottes eine besondere Rolle⁹⁹. Ganz merkwürdig ist die Auslegung des Eids im katholischen Söflingen bei Ulm 1560, wo es heißt, daß ein falsch Schwörender damit alle Heiligen und das ganze himmlische Heer verleugnet und sich dem teuflischen Geist, dem Luzifer und seiner Gesellschaft, „anhängig“ macht¹⁰⁰. In den katholischen Gebieten bleibt der Eid unter Anrufung der Heiligen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erhalten. Aber auch dort war das nicht die einzig und allein gebrauchte Eidesformel. Es findet sich fast ebenso oft der Eid unter Anrufung Gottes und auf das heilige Evangelium¹⁰¹. Obwohl es zunächst anders aussieht, ist diese Eidesformel durchaus mittelalterlicher Herkunft und nicht erst durch die Reformation eingebracht. Sie spielt eine besondere Rolle bei den Eiden, die von Bischöfen zu leisten waren. Vielleicht erklärt sich damit, daß diese Form auch gerade von den österreichischen Prälaten bei ihren Privilegienbestätigungen benutzt wurden¹⁰². Selbstverständlich haben auch die evangelischen Landesherren diese Eidesformel akzeptieren können, häufig auch in der Abwandlung, daß man zu Gott und auf sein heiliges Wort geschworen hat¹⁰³.

Wie schon oben bei dem Beispiel Söflingen angedeutet, wird dem Eidesleistenden bisweilen im Eid selbst klargemacht, welch schlimme Folgen ein Eidbruch nach sich ziehen wird. So heißt es dort, daß „sich die hellischen hund nicht so leichtlich von der unwarheit wegen überwinden lassen“. Das Bewußtsein der Verantwortung vor dem jüngsten Gericht findet sich in gleicher Weise in evangelischen Orten wie in den katholischen, wenn auch nicht in der aus Söflingen bekannten Drastik. Häufiger ist, daß man sich entweder darauf beruft, daß Gott einem beim jüngsten Gericht helfen wolle, oder sich bewußt ist, am jüngsten Tag darüber Rechenschaft ablegen zu müssen, oder schwört bei seiner Seligkeit oder darauf, daß sich der Eid bewähren muß beim Lebensende, wenn Leib und Seele sich voneinander scheiden¹⁰⁴. Die konfessionellen Unterschiede in den Eidesformeln sind insgesamt relativ gering, wie sich das ja auch bei der schon zitierten Eidtafel (s.o.) und den in ihr deutlich gemachten Meineidsfolgen gezeigt hat.

Völlig anders dachten die Täufer über den Eid. Ihre Ablehnung des Eides ist allgemein bekannt. Schon früh bezeichnet Balthasar Hubmaier die Taufe als den eigentlichen Eid des Christen gegenüber Gott¹⁰⁵, woraus folgt, daß sie nicht am Kleinkind

⁹⁹ WLR 3, 812.

¹⁰⁰ WLR 2, 872 f.

¹⁰¹ WLR 1, 218; 222; 3, 510; HDO 509; 524. GLA 77/4093 (Ladenburg für Bischof in Worms 1595, also gemischtkonfessionelle Untertanen).

¹⁰² GLA 79/1509. Zu den Bischöfen vgl. *Philipp Hofmeister*, Die christlichen Eidesformeln, eine liturgie- und rechtsgeschichtliche Untersuchung (München 1957) 53 f.

¹⁰³ GLA 67/861 passim; HDO 292; 454; Wt Kirchheim 24 f. Allein auf Gott den Allmächtigen so auch Wt Eberbach 43; 46; 130; 145; 150.

¹⁰⁴ WLR 1, 6627; HDO 277; 292; Wt Kirchheim 33.

¹⁰⁵ *Balthasar Hubmaier*, Schriften. Hrsg. von *Gunnar West* und *Torsten Bergstein* (Quellen und

vollzogen werden darf. Es lag aber auch nahe, angesichts dieses einzigartigen Treuegelohnisses und unter Berufung auf entsprechende Schriftstellen jeden Eid gegenüber weltlicher oder geistlicher Obrigkeit abzulehnen. Trotzdem mußten viele Täufer einen Eid schwören, als es darum ging, die Verfolgung durch die Obrigkeit wenigstens in Grenzen zu halten und nicht der Todesstrafe anheim zu fallen. So sind die Urfehden auf Verlassen des Landes durchaus nicht selten¹⁰⁶. Im Falle, wo sich Täufer wieder dem evangelischen Bekenntnis zuwandten, war diese Urfehde mit der Kirchenbuße gepaart, bei einer katholischen Herrschaft hatten sie im allgemeinen mehr zu fürchten¹⁰⁷. Urfehden finden sich auch sonst im Zusammenhang mit der Reformationsgeschichte in gleicher Weise bei Abfall vom und Rückkehr zum katholischen Glauben. So ließ sich die habsburgische Verwaltung 1530 im besetzten Württemberg Urfehde wegen Abfalls vom katholischen Glauben schwören, etwa in Dettingen unter Teck¹⁰⁸. Die Urfehde wurde auch dazu benutzt, daß ein katholischer Pfarrer seine Amtspflichten nicht mehr in einem von der Reformation erreichten Filialort ausübte. Der katholische Pfarrer in Dielheim wurde von den Pfälzern dafür eingetürmt, daß er Gottesdienst im benachbarten Baiertal hielt, das noch nicht einmal der pfälzischen Landeshoheit unterworfen war. Nur nach Urfehde, „das messifizieren“ dort zu unterlassen, kam er wieder frei¹⁰⁹.

Der ausdrückliche Eid auf das Bekenntnis ist bei den Huldigungen der Untertanen verhältnismäßig selten. Viel häufiger wird von den Untertanen verlangt, daß sie ihre Kinder auch nicht als Dienstboten in fremdkonfessionelle Orte geben, daß sie den Gottesdienst regelmäßig besuchen und daß sie überhaupt die Kinder im Christentum erziehen und ihre Mitbürger zu christlicher Lebensführung und Gottesdienstbesuch anleiten¹¹⁰. Die Festlegung auf die Konfession des Landesherrn durch die Huldigung war ja auch ohne ausdrückliche Erwähnung dieser Tatsache gegeben. Nur in Fällen, wo das nicht zutraf, stellte sich die Frage grundsätzlich. Das umfangreichste Beispiel ist wohl die Huldigung in der Markgrafschaft Baden-Baden, nachdem diese 1612 wegen ihrer Überschuldung und strittiger Vormundschaftsfragen von Baden-Durlach besetzt wurde¹¹¹. Der lutherische Markgraf stellte seinen neuen Untertanen die kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 25

Forschungen zur Reformationsgeschichte 29 = Quellen zur Geschichte der Täufer 9, Gütersloh 1962) 196; 202; 346.

¹⁰⁶ Claus Peter Clasen, Die Wiedertäufer im Herzogtum Württemberg und benachbarten Herrschaften (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B 32, Stuttgart 1965) 12; Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer, Bd. 2, bearb. von Kurt Schönbaum (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 14, 2, Leipzig 1934) 100f.; 197.

¹⁰⁷ Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer 2, 101; 197; 328f.

¹⁰⁸ HStAS A 44.

¹⁰⁹ GLA 229/2215.

¹¹⁰ Völlig ohne Beispiel in Südwestdeutschland ist ein Eid, wie ihn die Genfer Bürgerschaft auf die calvinische Form der Reformation einschließlich Dogma und Kirchenzucht schwören mußte (Eugène Choisy, La théocratie à Genève au temps de Calvin (Genève 1897) 14). Die südwestdeutschen Beispiele für Kindererziehung, Dienstboten, Gottesdienstpflicht: WLR 1, 687; 3, 738; HDO 92; 197; 598.

¹¹¹ GLA 74/5009.

fessionelle Entscheidung frei, verlangte aber unmittelbar nach der Huldigung eine entsprechende Erklärung. Sie fiel fast in jedem Einzelfall unterschiedlich aus. Viele zeigten sich von solcher Entscheidung überfordert.

Eindeutiger stand es bei der Verpflichtung der höheren Beamten und gar der Geistlichen auf das herrschende Bekenntnis. Auch die Amtseide der Pfarrer hatten bereits ihre Vorläufer im landesherrlichen Kirchenregiment der Vorreformationszeit¹¹². Zum in Hohenlohe schon lange geforderten Treueeid kam in der Mitte des 16. Jahrhunderts die feste Verpflichtung zur christlichen Predigt hinzu. Das wurde später bis dahin ausgestaltet, daß eine solche Predigt auch nach ihrem Inhalt und nach ihrer Dauer schon im Interesse der Untertanen geregelt werden mußte¹¹³. So durfte im Hohenlohischen nicht länger als eine Dreiviertelstunde gepredigt werden.

Wichtiger waren die dogmatischen Festlegungen in den Eiden der Kirchendiener. Die Pfälzer Pfarrer mußten 1564 schwören, „die reine lehr des wort Gottes unverfälscht nach prophetischer und apostolischer lehr und erclerung der uhralten kirchen, so in den dreien symbolis, Apostolico, Nicaeno et Athanasiano begrieffen“ zu verkünden und sich aller „verfurische(n) lehr und ceremonien“ zu enthalten¹¹⁴. In der Zeit der lutherischen Reaktion um 1580 kam die Verpflichtung auf den lutherischen Katechismus, nachher wieder die auf den Heidelberger, allerdings in der Form des „christlichen“ Katechismus hinzu¹¹⁵, während in beiden Fällen die Verpflichtung auf die Augsbургische Konfession erhalten blieb. Schließlich mußten die pfälzischen Pfarrer auch die calvinistische Kirchenzucht anerkennen¹¹⁶. Die lutherischen Herrschaften, vor allem Württemberg, legten ihre Kirchendiener, aber auch die weltlichen Beamten auf die Konkordienformel fest, wie dies zwischen 1580 und 1583 auch für die Geistlichen in der Kurpfalz galt. Daß der Heidelberger Kurfürst seine weltlichen Beamten damals nicht auf die Konkordienformel verpflichtete, sollte die Wiedereinführung des reformierten Bekenntnisses sehr erleichtern. Auch den Pfarrern wurde 1584 deutlich gemacht, daß ihre Eidspflicht hinsichtlich der Konkordie nichtig sei. Johann Kasimir wollte damit „alle solche juramenta und dergleichen vermaynte außgangene befelch hiemit abgethan, gantzlichen aufgehoben und cassirt haben“¹¹⁷. Die Eide der Kirchendiener umfaßten jedoch viel mehr als solche Bekenntnisfestlegungen und verlangten allgemein, die Kirche vor Schaden zu bewahren und ihr Bestes zu fördern, dem Kirchenrat gehorsam zu sein und die verschiedenen Kirchenordnungen einzuhalten. Auf die Kirchenordnungen wurden auch die hohen weltlichen Beamten, die Schuldienner und die Almosenpfleger verpflichtet¹¹⁸.

Die Verpflichtung auf das Bekenntnis stand jedoch in der Regel nicht unter Eid. Für die Konkordienformel ist solches im südwestdeutschen Bereich ausdrücklich nur

¹¹² *Richard Lossen*, Pfälzische Patronatsprüden vor der Reformation aus geistlichen Lehenbuch des Kurfürsten Philipp von der Pfalz, in: Freiburger Diözesanarchiv 38 (1910) 180f.

¹¹³ KO 15, 560; 563f.

¹¹⁴ KO 14, 424; auch noch 1588 ebd. 523.

¹¹⁵ KO 14, 506–509; 524.

¹¹⁶ KO 14, 609.

¹¹⁷ KO 14, 515.

¹¹⁸ KO 15, 245; GLA 67/829; 830; 861, 146f.; KO 15, 644; KO 14, 483.

für Hohenlohe bezeugt¹¹⁹. In Württemberg leisteten Kirchendiener und Beamte ebenso wie die pfälzischen Pfarrer ihre Verpflichtungen nur durch Unterschrift. Dies blieb bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Voraussetzung für die Aufnahme in ein württembergisches Dienstverhältnis¹²⁰. Dort war auch der Herrscher seit Herzog Ludwig so auf die Konkordie festgelegt, daß er auf das Reformationsrecht schon bei der Huldigung verzichten mußte¹²¹. Schon vor der Konkordienformel war es üblich, Verpflichtungen auf das Bekenntnis durch Unterschrift einzuholen. So ließ Herzog Wolfgang von Zweibrücken 1564 alle Pfarrer des Landes die lutherische Bekenntnisformel des Straßburger Reformators Marbach unterschreiben¹²². Auch die Kurpfälzer arbeiteten 1563 beim Übergang zum reformierten Bekenntnis mit Unterschriften. Auf der Heidelberger Superintendentenkonferenz wurde 1563 verlangt, daß jeder den Heidelberger Katechismus unterschreibe. Einzig und allein der Superintendent von Oppenheim weigerte sich und blieb auch standhaft, als man ihm anbot, wenigstens heimlich zu unterschreiben¹²³.

Im konfessionellen Zeitalter war das Gewicht der Unterschrift offensichtlich ebenso bedeutsam wie das des Eides, wenigstens was die Bekenntnisbindung anbelangte. Für die Treueverpflichtungen als Untertanen und Diener war dagegen in der Regel der Eid erforderlich. Bei den Kirchendienern konnte beides zusammentreffen, doch ist keine einheitliche Praxis erkennbar, in welchen Fällen kein Eid verlangt wurde. Offensichtlich gibt es schon im späten 16. Jahrhundert auch andere Formen der Verpflichtung außer Eid und Unterschrift.

Bei aller Betonung der eidlichen Bindung auch noch in der Reformationszeit zeigt sich also doch hier ein erstes Abweichen von der strengen Forderung nach dem Eid in jedem Dienstverhältnis. Man begann, öfter als im Mittelalter doch schon mit uneidlichen Formen der Verpflichtung zufrieden zu sein, ganz abgesehen davon, daß das Gewicht der Unterschrift in Zunahme begriffen war. Es sollte bis weit in die Aufklärungszeit hinein dauern, bis die religiösen Formeln eidlicher Verpflichtung bei Untertanen, Amts- und Dienstverhältnissen auf die wenigen ganz wichtigen Fälle beschränkt wurden. Unverkennbar ist trotzdem schon eine gewisse Kritik und Lockerung während der Reformationszeit. Freilich hat erst die Not der Wiederbevölkerung nach dem Dreißigjährigen Krieg der Toleranz gegenüber Eidverweigerern zum vollen Durchbruch verholfen. Die Mennoniten in der Kurpfalz brachten zum Regierungsantritt eines neuen Herrschers seit Karl Ludwig ihre Glückwünsche vor und unterwarfen

¹¹⁹ KO 15, 674.

¹²⁰ HStAS A 202, 518; *Walter Bernhardt*, Die Zentralbehörden des Herzogtums Württemberg und ihre Beamten 1520–1629, 2 Bde. (VKBW B 70–71, Stuttgart 1973), hier Bd. 1, 84; *Klaus Schreiner*, Juramentum religionis. Entstehung, Geschichte und Funktion des Konfessionseides der Staats- und Kirchendiener im Territorialstaat der frühen Neuzeit, in: *Der Staat* 24 (1985) 211–246, ist in dieser Hinsicht zu berichtigen.

¹²¹ HStAS A 202, 512.

¹²² *Walther Koch*, Der Übergang von Pfalz-Zweibrücken vom Luthertum zum Calvinismus, in: *Blätter für pfälzische Kirchengeschichte* 27 (1960) 26.

¹²³ *J. F. Gerhard Goeters*, Caspar Olevian als Theologe, in: *Monatshefte für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes* 37/38 (1988/89) 338.

sich damit dessen Regierung, nicht ohne daß der Kurfürst seinerseits ihre besonderen Freiheiten, allerdings auch ohne förmliches Gelöbnis, bestätigte¹²⁴.

Zusammenfassende Thesen und Probleme

1. Ab dem Spätmittelalter wird die Eidesleistung immer mehr schriftlich festgehalten, doch dürfte mit der zunehmenden Schriftlichkeit auch eine stärkere Ausdifferenzierung der Eidesinhalte einhergehen. Der ländliche Bereich ist davon hauptsächlich im 16. Jahrhundert erreicht.

2. Die inhaltliche Erweiterung wie die Vermehrung der Huldigungs-, Bürger-, Amts- und Diensteide sind Voraussetzung wie Ergebnis der Verdichtung von Herrschaft, gerade auf der Ebene der Gemeinden. Es geht dabei um die Einbindung aller, auch der Minderberechtigten, Fremdleibeigenen und Dienstboten in die Gerichtspflicht der Orts- und Landesherren.

3. Trotzdem bleiben immer noch alte leibrechtliche und grundherrschaftliche Bindungen bestehen, die von stärkeren Territorialherren dazu benutzt werden, in fremdes Territorium hineinzuwirken.

4. Die einheitlichere territoriale Gerichtsbarkeit und die deutlichere Beschreibung der Pflichten der Gerichtsangehörigen wie der übrigen Gemeindeämter führt zu größerer Rechtssicherheit, natürlich auch zu größerer Kontrolle der Untertanen, und stärkt so nochmals die Bindungen an die Herrschaft.

5. Bei Mehrherrigkeit über das Gericht bleiben die alten Verhältnisse am stärksten festgeschrieben, weil eine Veränderung des Zusammenwirkens aller bedarf. Hier haben auch die Untertanen die Chance, nachteilige Modernisierungen aufzuhalten.

6. Viele Eide örtlicher Amtsträger beziehen sich zwar auf die Pflichten gegenüber der Gemeinde, aber höchst selten ist die Gemeinde der Adressat solcher Eide. In der Regel nimmt die Herrschaft den Eid für sich und die Gemeinde entgegen.

7. Die Reformation bringt eine erweiterte eidliche Verpflichtung der Pfarrer. Wie allgemein in diesem Zeitalter werden mit zusätzlicher Ausgestaltung des Inhalts der Eide ganze Kirchenordnungen und selbst das Konkordienbuch beschworen.

8. Deutlich wird in diesem Zeitraum ebenfalls, daß an die Stelle des Eides andere Formen der Verpflichtung treten, bei der Konkordie aber auch bei Kirchenordnungen häufig die Anerkennung durch einfache Unterschrift. Es müßte noch untersucht werden, wie weit solches Vorgehen mit einer Kritik an allzu vieler Eidesleistung zusammenhängt.

9. Evident wird im 16. Jahrhundert, daß es außer dem Eid auch andere wirksame Formen der Verpflichtung gibt, in einigen, meist geringfügigen Fällen sogar die Wahlfreiheit zwischen Eidesleistung und einfachem Gelöbnis.

10. Außerhalb des Kreises der geistlichen und weltlichen Beamten des Territoriums sind Eide, die auf eine bestimmte Konfession abheben, recht selten. Weitgehend genügt hier die Festlegung auf die Herrschaft durch die Huldigung.

¹²⁴ GLA 77/4078.

11. Auch der Inhalt der Eidesformeln hat sich durch die Reformation geändert. Der Schwur auf die Heiligen fällt in den protestantischen Territorien weg. Der Eid wird nur noch auf Gott und sein heiliges Wort geleistet. Aber auch diese Eidesformel steht in alter katholischer Tradition und bleibt auch weiterhin in katholischen Territorien in Gebrauch.

12. Die Bestrafung des Eidbruchs zeigt bisweilen, zumal im Bereich der Urfehden, eine relativ milde Praxis. Das hindert strenges Vorgehen in Einzelfällen durch das vielfach angedrohte Abhacken der Schwurfinger nicht. Die Konsequenzen für die irdische Gesellschaft wie für die Ewigkeit werden in beiden konfessionellen Lagern mit der nämlichen Symbolik und mit identischen Formeln beim Akt der Eidesleistung vergegenwärtigt.